

IG Metall Ulm spendet an Kinderschutzbund



Jürgen Kriechbaum, ehrenamtlicher Vorstand des Kinderschutzbundes Ulm/Neu-Ulm e.V., und Sonja Kroggel, stellvertretende Stellenleiterin der Psychologischen Beratungsstelle (Bildmitte), freuen sich über die Spende der IG Metall, übergeben durch die Erste Bevollmächtigte der IG Metall Ulm, Dr. Petra Wassermann.

Die IG Metall Ulm spendet aus Anlass der bundesweiten Beschäftigtenbefragung der IG Metall in diesem Jahr insgesamt 11 370,56 Euro an vier Ortsverbände des Deutschen Kinderschutzbundes in der Region. Diese Summe kommt den Ortsverbänden des Deutschen Kinderschutzbundes Ulm/Neu-Ulm, Laupheim, Ehingen und Biberach zugute.

Anfang November konnte Dr. Petra Wassermann, Erste Bevoll-

mächtigte der IG Metall Ulm, dem Ortsverband des Kinderschutzbundes Ulm/Neu-Ulm einen Scheck in Höhe von 5683,54 Euro überreichen.

»Wir möchten das vorbildliche Engagement und die wertvolle Arbeit des Kinderschutzbundes in der Region gerne unterstützen«, betonte Wassermann.

Im Rahmen der Spendenübergabe erläuterte Jürgen Kriechbaum, ehrenamtlicher Vorsitzender des Deutschen Kinderschutzbundes

Ulm/Neu-Ulm e.V., die lokale Arbeit des Kinderschutzbundes. Eine wesentliche Aufgabe sei beispielsweise die therapeutische Arbeit mit Kindern, die Opfer von Gewalt oder sexuellen Übergriffen geworden sind.

»Das Geld können wir gerade zum jetzigen Zeitpunkt sehr gut gebrauchen. Derzeit wird die Einrichtung räumlich erweitert, damit wir dem steigenden Bedarf besser gerecht werden können«, so Jürgen Kriechbaum.

Auch Sonja Kroggel, stellvertretende Stellenleiterin der Psychologischen Beratungsstelle des Kinderschutzbundes, freut sich über die Spende: »Zusätzliche Räumlichkeiten sind bereits angemietet und es besteht jetzt dringender Bedarf für den Ausbau und die Ausstattung mit Material für die therapeutische Arbeit.«

Zusammen mit weiteren Einzelspenden spendet die IG Metall Ulm aus Anlass der Beschäftigtenbefragung 14 533,56 Euro an elf Projekte in der Region.

Bundesweit haben sich 681 241 Beschäftigte aus gut 7000 Betrieben

an der IG Metall-Befragung 2017 »Politik für alle – sicher, gerecht und selbstbestimmt« beteiligt. Die überwältigende Beteiligung zeigt: Die Menschen vertrauen der IG Metall. Nach ihrem Votum richtet die IG Metall ihre Arbeit aus: betrieblich, tariflich und gesellschaftspolitisch.



►TERMINE

- **Schulung zur zusätzlichen Eskalationsstufe**
8. Januar um 13 Uhr im Haus der Gewerkschaften in Ulm
- **Sozialpolitischer Arbeitskreis der Seniorinnen und Senioren**
9. Januar um 9.30 Uhr im Haus der Gewerkschaften in Ulm
- **Ortsfrauenausschuss**
16. Januar um 17.30 Uhr im Haus der Gewerkschaften in Ulm
- **Jugendabend (OJA)**
18. Januar um 17.30 Uhr im Haus der Gewerkschaften in Ulm
- **Sitzung Ortsvorstand**
24. Januar um 8 Uhr im Haus der Gewerkschaften in Ulm
- **Schulung zur zusätzlichen Eskalationsstufe**
26. Januar um 8 Uhr im Haus der Gewerkschaften in Ulm

Tarifrunde startet in die »heiße Phase«

Auch wenn die äußeren Bedingungen eher frostig sein werden, könnte es Anfang Januar richtig heiß werden. Denn die Arbeitgeber haben in der ersten Verhandlungsrunde am Mittwoch, 15. November, in Böblingen kein Angebot vorgelegt. Parallel zu den Tarifverhandlungen fand im Kulturhaus in Laupheim eine große Funktionärskonferenz statt, bei der sich die Funktionäre der IG Metall Ulm intensiv mit den weiteren Pla-

nungen zur Tarifrunde beschäftigt haben. Neben einem Gesamtüberblick zur Tarifrunde durch Petra Wassermann, Erste Bevollmächtigte der IG Metall Ulm, haben sich die Kolleginnen und Kollegen auf die Planungen für die betrieblichen Aktionen und Aktivitäten verständigt.

Die nächste Verhandlungsrunde findet am Donnerstag, 14. Dezember, in Ludwigsburg statt. Bleibt abzuwarten, ob sich die Arbeitgeber bis

dahin bewegen und ein Angebot vorlegen (Anmerkung der Redaktion: Redaktionsschluss war bereits vor der zweiten Verhandlungsrunde).

Die IG Metall fordert in der Tarifrunde 2018 für die mehr als 900 000 Beschäftigten in der baden-

württembergischen Metall- und Elektroindustrie 6 Prozent mehr Geld für zwölf Monate sowie einen individuellen Anspruch auf Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit auf bis zu 28 Stunden mit Rückkehrrecht und Entgeltzuschuss.